DAS GRUBENLICHT

DKP-BETRIEBSZEITUNG DER EBV-SCHACHTANLAGE "WESTFALEN" AHLEN/WESTF.



NOVEMBER/DEZEMBER 1978

Wir haben auf der Zeche unsere Knochen hingehalten...

Schlagfertig entgegnete das ein Kumpel vor dem Amtsgericht im Mietstreit gegen EBV und Bauverein, am 16. November dem gegnerischen Anwalt, als dieser von billigen Mieten sprach. "Wir haben jahrzehntelang unsere Knochen auf der Zeche hingehalten, und dafür wohnen wir billiger."

Im vollbesetzten Zuhörersaal brodelte es. Während der Verhandlung gab es so heftige Reaktionen, daß die Richterin mehrmals mit Saalräumung drohte, falls nicht Ruhe einkehre. Zu einem Aufschrei von Empörung kam es, als der Prokurist des Bauvereins, Dahmen, erklärte, die Zechenwohnungen lägen in einer ausgesprochen guten Wohnlage. Doch fast stärker noch war der Protest, als EBV-Rollek blauäugig aussagte: "Bei uns werden Reparaturen sofort gemacht, wenn sie uns gemeldet werden." Unüberhörbar der Zwischenruf einer Frau aus der letzten Zuhörerreihe:" Ja, in den letzten Wochen, weil Euch die DKP Dampf gemacht hat!"

Überhaupt, die ganze erbärmliche Verlogenheit der Gegenseite wurde entlarvt, als die Mieter Gelegenheit erhielten, ihre Meinungen vorzutragen.

- "Ich habe über 5.000 DM in meine Wohnung investiert und dafür, daß ich die Wohnung hergerichtet und wohnbar gemacht habe, muß ich jetzt dem EBV eine höhere Miete zahlen."
- "Wir haben 6.000 DM aufgebracht, weil die Bude völlig verkommen war. Nichts wurde gemacht, so oft man den Kolonieverwalter auch ansprach, nichts wurde gemacht. Der Fußboden, Türen, Fenster und die gesamte Elektrik waren verfault. Jetzt kommen die und wollen höhere Mieten haben."
- Ein Siedler am Possenbrock:"Unsere ganzen Ersparnisse, 20.000 DM haben wir in das Gebäude deshalb hineingesteckt, weil uns das Haus zum Kauf angeboten wurde. Jetzt wird, statt vom Verkauf, von höheren Mieten gesprochen. Wir fühlen uns hinter's Licht geführt."

Alles kam zur Sprache, alles. Man darf gespannt sein, wie das Urteil beim Verkündungstermin am 14. Dezember ausfallen wird. Fest steht heute bereits: Mit der generellen Zustimmung des Betriebsrats zu der jetzigen und der damit verbundenen Möglichkeit laufender Mieterhöhungen (sowohl die Richterin, als auch der EBV-Anwalt beriefen sich ständig auf den Betriebsrat) wurde den Mietern des Bauvereins und der EBV-Wohnungen ein wahrer Bärendienst erwiesen.

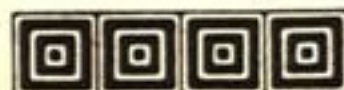


Brennt es in 91/6?

Daß in 91/6 seit einiger Zeit etwas im "Busch" ist, wissen die Kumpels schon lange.
Täglich fahren Stickstoffwagen zum Zechengelände und füllen den Vorratstank neu auf.
Der Glimmbrand in 91/6 ist also kein Geheimnis mehr. Das wäre weiter nichts besonderes; nur bleibt die Frage zu stellen, warum die Direktion bzw. der EBV-REPORT sich über diese Angelegenheit beharrlich in Schweigen üben.

Spricht man den einen oder anderen Kollegen vom Betriebsrat an, kommt nur die lapidare Antwort:"Na ja, es glimmt ...!"
Anscheinend kennt sich selbst der Betriebsrat mit dem neuen Verfahren zur Beseitigung von Glimmbränden nicht aus.
Dieses Versteckspiel legt den Verdacht nahe, daß an dieser Sache einiges faul ist.

Bekannt ist auch, daß an einem neuen Revier im Moment mit Hochdruck gearbeitet wird.
Macht man sich in der Chefetage des EBV-Konzerns etwa Gedanken um die Kumpel in 91/6?
Aber wenn das so ist, warum kommt denn kein klärendes Wort an die betroffenen Kumpel? Sie sind es schließlich, die als erste ein Recht auf umfassende Information über ihre Sicherheit am Arbeitsplatz haben!

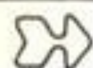


„Der Ölberg"

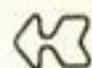
380 Stufen bei 42-48 °C sind wahrlich kein Pappenstiel. Ohne intaktes Hilfsseil und einer ausgefallenen Kühlmaschine kommt am Gesteinsberg in 91/6 selbst so manch junger Kumpel derbe ins Ölen.

Hier macht es sich der EBV recht einfach (- und billig), angesichts der Tatsache, daß es technische Möglichkeiten gibt, die solche Wegstrecken nicht zu einer täglichen Tortur werden lassen.





Die Geldgeber der CDU



Jedes Kind weiß es: Die Großindustrie finanziert die CDU. Warum wir das noch einmal in Erinnerung bringen? Weil der Scharfmacher der CDU, Heinrich Windelen, kürzlich wieder mit der alten Masche kam, die DKP bekomme von der SED Geld. Alte Masche deswegen, weil man schon Lenins Partei damit zu diffamieren suchte. Damals hieß es, die bekommen Geld vom deutschen Kaiser. Später, bei den Nazis hieß es, die Kommunisten werden vom Weltjudentum finanziert. Richtig ist, daß die Arbeiterbewegung seit jeher von der Solidarität der Arbeitenden lebt, während das Großkapital damals wie heute, "ihre" Parteien mit Hunderten von Millionen finanzierte. Damals die Nazipartei - heute die CDU.

Für alle Kollegen, die ihren Kopf nicht nur für den Friseur haben, ein kleines Beispiel: Eine großflächige Plakatierung im Bundesgebiet kostet echtes Geld, verschlingt Millionensummen. Wie kommt es, daß die DKP derartige Plakatierungen nicht mitmachen kann, daß sie mit eigenen Kräften Plakattafeln aufstellt?

Natürlich kennt Herr Windelen die Opferbereitschaft von Kommunisten. Selbstverständlich besitzt er Kenntnis davon, daß auf dem Sonderkonto "Wahlhilfe" der DKP-Ahlen zahlreiche Kommunisten auch über Ahlen hinaus per Dauerauftrag monatlich Spenden überweisen und auch aus der Bevölkerung Spenden dort landen.

Das alles weiß Herr Windelen sehr gut und greift trotzdem zur Methode der Diffamierung, um von den Finanziers seiner Partei, der CDU, abzulenken. Daß für Herrn Windelen und seine CDU Ablenkungsmanöver nötig sind, bewies erst kürzlich die Affäre Fasold auf's Neue.

Wir hoffen, eines Tages auch hinter die Kulissen der Ahlener CDU, sprich ihrer Hintermänner, Kaldewei, Blomberg und Narath, leuchten zu können. Nicht von ungefähr erfreut sich Bürgermeister Faust so guter Beziehungen zu diesen Herrschaften.



Es nützt alles nichts, Herr Windelen, Sie und Ihre Partei, die CDU, sind konsequente Vertreter der Interessen des Kapitals und wer ihre Geldgeber sind, darüber brauchen wir nicht mehr zu sprechen. Nur, Kolleginnen und Kollegen, klar müßte auch sein, daß man als Arbeiter und Angestellter die Partei des EBV-Konzerns, die Partei der Kaldeweis und Blombergs nicht mehr wählen kann.

Sonderkonto "Wahlhilfe"
Spardaka Ahlen
Konto-Nr.: 305 210 500

Noch einmal: So weit die Füße tragen...

Rationalisiert wird allerorts. Beim EBV wird das Wort seit langem groß geschrieben. Doch häufig - oft wiesen wir darauf hin - wird am falschen Platz rationalisiert.

Ist es zum Beispiel rationell, wenn Handwerker zu bestimmten Betriebspunkten, und zwar regelmäßig, zu Fuß 1 1/2 Stunden laufen müssen? Vor mehr als einem Jahr griffen wir schon einen ähnlichen Mißstand von einem anderen Betriebspunkt auf. Heute geht es um die Bausohle in Richtung Schacht VI, wo der Personenzug eingestellt wurde. Kein Mensch weiß warum. Wahrscheinlich war es eine der vielen Sparmaßnahmen. Da aber den vom Ausfall des Personenzuges Betroffenen kein Bus zur Verfügung steht, müssen sie laufen. Eine harte Sache, zumal für ältere Kollegen: Vorbei an der Bandstraße mit Staub, mit Paste bespritzte Strecken und daher glitschig. Nicht gerade ideal so etwas!

Das Problem müßte zu lösen sein. Die Verantwortlichen sollten ihr kluges Köpfchen mal ein wenig anstrengen.

Er ist der Größte

Nein, nicht der Boxchampion Ali. Heute meinen wir natürlich unseren Betriebsdirektor, Paul Göttig. Da wird, so freitags gegen 9 Uhr, eine Maschine mit einem Sambawagen bestellt und ab geht's zum Maxim.-Graben. Die Fracht: Der Herr Betriebsdirektor mit einigen seiner leitenden Herren. OK, warum auch nicht.

Dann wartet der Maschinist dort eine ganze Schicht, bis Herr Göttig herauskommt. Doch als der dann kommt, konnte der Maschinist leer zurückfahren; er hatte die ganze Schicht umsonst gewartet. Der Herr Betriebsdirektor und seine Crew fuhren nämlich kurzentschlossen, aus Schacht VI heraus. So weit, so gut. Nur soll man künftig nicht mehr von der Erzielung höherer Effektivität faseln und ständig jammern, man habe zu wenig Maschinisten .

Plumpe Fälschung in „Einheit" entlarvt

Kollege HN, der in Nummer 18 der "Einheit" die DKP der Sympathien mit palästinensischen Terroristen verdächtigte, muß entweder von allen guten Geistern verlassen worden sein oder noch weit mehr.

In besagtem Artikel bezeichnet er uns auch als Antisemiten. Schlimm, wirklich schlimm.

Zunächst einmal muß gesagt werden, daß die PLO keine Terroristenorganisation ist. Eine der letzten Fernsehsendungen versuchte klar zu machen, daß sich gerade die PLO in harten Auseinandersetzungen mit palästinensischen Extremisten befindet, weil sie terroristische Anschläge und Geiselnahmen strikt ablehnt. Das ficht den Kollegen HN aber nicht an. Munter drischt er drauf los und gefällt sich in der Rolle des großen Vereinfachers, sprich Fälschers. Das sieht dann so aus: Wer gegen die aggressive Politik Israels ist, der ist ein Antisemit. So einfach ist das. Uns sei gestattet, darauf hinzuweisen, daß die aggressive Haltung Israels mehrmals von der UN verurteilt wurde. Doch es geht uns bei der Entlarvung der Fälschung in diesem Artikel um mehr. Darum noch einige Takte zur Rassenfrage.



Einer bestimmten Rasse anzugehören, z.B. Jude zu sein, bedeutet doch keine Garantie dafür, daß Juden nicht auch, wie Angehörige anderer Rassen, gute und weniger gute Menschen hervorbringen. So z.B. auch Mörder, z.B. aggressive Politiker, z.B. auch Kapitalisten ...

Da nämlich liegt der Hund begraben. Seit eh und je handeln wir Kommunisten nach dem Grundsatz: Nicht Rassenkampf, sondern Klassenkampf! Und wenn der Kapitalist ein Jude ist, dann bekämpfen wir ihn als Kapitalisten und nicht als Juden. Was aber den israelischen Staat betrifft, so dürfte feststehen, daß er in Nah - Ost die Funktion der Speerspitze des US-Imperialisten erfüllt. Eindeutig. Wer das nicht sehen will und erkennt, will nichts sehen und erkennen.

Nehmen wir einmal die Kommunisten Israels. Das sind auch Juden. Sind die etwa auch Antisemiten, weil sie die aggressive Politik ihrer Regierung bekämpfen? Daß das alles mit Rassenkampf nichts zu tun hat, beweist auch, wie sehr in diesem Staat Israel die Kommunistische Partei Israels bekämpft wird. Dort stehen sich eben Juden als Arbeiter und Kapitalisten gegenüber und das Ergebnis ist nicht Rassen-, sondern Klassenkampf.



Dem Kollegen HN sei gesagt: Nicht jede Fälschung kann so leicht und schnell entlarvt werden wie seine, da sie so plump war, daß man sich fragen muß, für wie dumm hält Kollege HN eigentlich uns Kumpel?



Siersdorf und die RWE

Als die Konzernbosse wegen der zu erwartenden hohen Profite ihre Kernkraftwerke durchsetzten, kamen sie auf die panikmachende Lösung:
Morgen gehen die Lichter aus!

Schnell hat sich das Bild geändert. Weil sie mit der Atomkraft besser absahnen können, wollen sie die Kohle ganz abwürgen, und heraus kommt dann für die Ablehnung des Baus eines Kohlekraftwerkes in Siersdorf ➡

FORTSETZUNG VON SEITE 3

folgende Begründung: "Es kann nicht von einem Zuwachs des Stromverbrauchs der letzten Jahre ausgegangen werden. Daher besteht in absehbarer Zeit kein Bedarf an zusätzlichen Steinkohlen -Kraftwerkleistungen. Die Errichtung eines 700 MW-Steinkohleblocks in Siersdorf ist daher nicht erforderlich." (RWE am 6.9.1978)

Die Bundesregierung, aber auch Politiker der CDU/CSU, lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, den für sie angeblich absoluten Vorrang der Steinkohle zu betonen. In Wirklichkeit ist vom Vorrang der Kohle wenig zu spüren, in Wirklichkeit steht für die Konzerne, so zum Beispiel für die RWE, vorrangig nur die Kernenergie auf dem Programm. Weil ein Kernkraftwerk mehr Profite verspricht, werden Pläne für Kohlekraftwerke sabotiert und damit Zehntausende von Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau gefährdet.

Wir begrüßen daher die Unterschriftenkampagne für ein Steinkohlekraftwerk in Siersdorf, nicht nur, weil sie eine gute solidarische Unterstützung für die Siersdorfer Kumpel war, sondern auch, weil sie der Landesregierung in Düsseldorf klar macht, wo sie zu stehen hat: Auf der Seite ihrer Wähler oder auf der der Konzerne.

Daß die RWE die Pläne für den Bau von Kohlekraftwerken hintertreibt, ist klar, nur jetzt müßte deutlich werden, wer denn in diesem Land das Sagen hat, die Regierung oder die Konzerne.

Ob das Kraftwerk in Siersdorf nun bald gebaut wird, darauf darf man gespannt sein.

YABANCI IŞÇILER IKINCI SINIF VATANDAŞ MI KALACAKLAR?

Büyük Endüstri Partileri CDU, FDP ve SPD Pazar günü 5.11.78 de "Yabancılara Şeçme hakkı " konusu üstüne bir açık oturum düzenlediler.

Bizim sorumuz şu: Neden bu toplantıya DKP çağırılmadı ?

Cevabını biz verelim: Çünkü DKP daima tek başına diğer Partilere, 5 yılını geçirmiş Yabancıların Yerel Seçimlere katılma hakkının verilmesi, çağrısını yapmıştır.

Kolpinghaus'da yapılan bu toplantıda adı geçen Parti temsilcileri konuşmalarında her zamanki gibi bilinen oyalama, uyutma taktiklerini kullanmışlardır. CDU'nun baş oyuncusu Belediye Başkanı Faust, yaptığı konuşmasında," sadece Alman Vatandaşlarının seçme hakkı vardır diyerekten," Yabancılara bu hakkın verilmesini elinin tersi ile bir yana itmiştir. Faust konuşmasında Yabancı Hemşerilere Almanya'daki Partilere üye olmalarını tavsiye etmiş ve parti içinde yapacakları çalışmalarda, alınacak kararlara etki yapabileceklerini sözlerine eklemiştir. Söyledikleri bu şeyler tıpkı büyük patronların istedikleridir.

Yabancı işçiler çalışabilirler, mümkün olduğu kadar zor, ağır ve pis işlerde. Yabancılar CDU'ya üye olabilirler. Fakat öte yandan, çocuklarının okula gittiği, kendilerinin ağır şartlarda çalıştığı ve Almanlar gibi Vergi ödedikleri şehirlerinin Belediye Meclislerinin seçimlerine katılamazlar.

Bunun için biz DKP olarak diyoruz ki :

CDU, FDP ve SPD, kanunların yapıldığı, kanunların değiştirildiği Parlemento'da oturuyorsunuz. Bu kanunları çıkarmaya imkânınız var. Onun için fazla lâfı bırakın, Yabancılara bu hakkın verilmesi için gereken neyse onu yapın, ki Yabancı İşçiler ve aileleri 2.Sınıf insan durumundan kurtulsunlar.